

Empfehlungen des BDKJ Bundesvorstand zum Umgang mit rechtspopulistischen & rechtradikalen Parteien und Organisationen

Der BDKJ hat sich in seinen Beschlusslagen klar zu Organisationen und Parteien positioniert, die rassistische und nationalistische Positionen vertreten, sowie gegen eine pluralistische und vielfältige Gesellschaft reden und handeln. Zuletzt in seinem Grundlagenbeschluss der Hauptversammlung 2016, „Wir widersprechen – weil wir glauben!“. Unser Selbstverständnis als katholische Jugendverbände, schließen eine Gleichgültigkeit gegenüber oder gar eine Sympathie mit rechtsextremen oder rechtspopulistischen Positionen in jeder Hinsicht aus! Widerstand gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist für uns als Christinnen und Christen Pflicht und Auftrag!

Im Respekt vor der Demokratie erkennen wir an, dass sich Wahlergebnisse in die Vertretung der Wählerinnen und Wähler durch Abgeordnete übersetzen. Das bedeutet aber nicht, dass eine Abgrenzung von Rassisten, Völkischen und Rechtsextremistinnen nicht möglich ist – im Gegenteil: Wo Haltungen vertreten werden, die unserem Verständnis einer pluralistischen und vielfältigen Gesellschaft widersprechen und die demokratischen Strukturen und das Grundgesetz nicht achten, gibt es keine gemeinsame Gesprächsgrundlage für eine lebendige, offene und demokratische Gesellschaft. Diese können keine Partnerinnen bei der Gestaltung dessen sein, was sie ablehnen und vernichten wollen.

Was grundsätzlich notwendig ist:

- Die eigenen Positionen müssen mit Argumenten, Zahlen und Fakten unterlegt werden können.
- Informiert sein: Programme und personelle Strukturen der Parteien/Organisationen können recherchiert werden, es gibt ausreichend gute Quellen (Zum Beispiel: idaev.de, netz-gegen-nazis.de, belltower.news)
- Nicht provozieren lassen: Ruhig und sachlich können konkrete Nachfragen gestellt oder Belege verlangt werden. Dabei nicht lockerlassen und selbst Provokation vermeiden. Eine populistische Gesprächskultur lehnen wir ab.
- Haltung zeigen und bewahren: Zu den Positionen und Haltungen stehen, die beschlossen wurden und diese klar nach außen kommunizieren

Umgang im politischen Alltag

- Beispielsweise die AfD ist eine Partei, die mit menschenverachtenden und populistischen Sprüchen wirbt. Das passt nicht zu uns im BDKJ. Wir setzen uns gegen jede Form von Ausgrenzung ein. Deshalb werden wir der AfD keine Bühne für ihre menschenverachtenden Positionen bieten.
- Wir machen vom Hausrecht Gebrauch. Das Hausrecht ermöglicht, bestimmte Personen oder Personenkreise bereits in der Einladung zur Veranstaltung nach § 6 Versammlungsgesetz (VersG) von der Teilnahme auszuschließen (siehe dazu auch Neutralitätsgebot). Teilnehmende, welche die Veranstaltung durch rassistische Äußerungen „gröblich stören“, können nach § 11 VersG durch die Veranstaltungsleitung ausgeschlossen werden. Hierzu bedarf es geschulten Personals, das im Zweifelsfall das Hausrecht durchsetzt.
- Wir nehmen nicht an Veranstaltungen der AfD teil. Als katholische Jugendverbände stehen wir klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein, deshalb ist die AfD keine Partnerin für uns. Eine Einladung von einzelnen Parteifunktionärinnen oder -funktionären und der Partei als Ganzes kann bspw. mit dem Argument

abgelehnt werden, dass es keine gemeinsame Wertebasis gibt, auf der man sich unterhält.

- Wir prüfen die Teilnahme an Veranstaltungen Dritter, an denen diese Parteien/Organisationen beteiligt sind. Es geht nicht darum, einer inhaltlichen Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Deren Argumentationsmuster sowie die Art und Weise ihres öffentlichen Auftretens lassen eine ernsthafte politische Diskussion meist nicht zu.

Klar muss aber auch sein: je öffentlicher die Debatte, umso wichtiger ist es als demokratischer Verband dort vertreten zu sein. Nicht um die Gesprächspartnerinnen und -partner zu überzeugen, sondern eventuell unentschiedene Zuhörerinnen und Zuhörer. Wir nutzen die Gelegenheit, um den Positionen der AfD zu widersprechen.

- Diejenigen, die den Grundsätzen unserer demokratischen Gesellschaft widersprechen, erhalten von uns aktiv keine (jugend)politischen Informationen, wir wollen sie nicht stärker machen.
- Wir entlarven Ziele und Strategien der Parteien/Organisationen, stellen sie auf sachlicher Ebene und machen deutlich, dass sie rassistische und menschenfeindliche Inhalte vertreten. Wir demaskieren die »Einfachen Lösungen«. Dazu müssen wir uns mit deren Inhalten, Inszenierungen und Politikformen auseinandersetzen.

Umgang im parlamentarischen Alltag

- Wir werden nur die notwendige parlamentarische Kommunikation durchführen, wenn deren Vertreterinnen und Vertreter in parlamentarischen Funktionen (Ausschussmitglieder, Ausschussvorsitz, Vorsitz der Kinderkommission) sind.
- Wir setzen uns mit deren Fraktionen im Parlament auseinander, wenn sie Positionen zu jugendpolitischen Fragen oder Fragen der Jugendverbandsarbeit einnehmen.
- Kleine Anfragen, große Anfragen und Anträge sind wichtige Instrumente der parlamentarischen Kontrolle. Sie werden jedoch von dieser Partei genutzt, um die Zivilgesellschaft auszuforschen und einzuschüchtern sowie Regierungen und Verwaltungen unter Druck zu setzen oder sie teilweise sogar zu lähmen. Wir prüfen genau die Bitten von Regierungen und Verwaltungen zur Unterstützung der Beantwortung dieser Anfragen und teilen unser Wissen über vergleichbare Aktivitäten in anderen Parlamenten mit anderen Jugendverbänden.
- Wir lassen uns durch Angriffe in Parlamenten, z.B. über den Missbrauch parlamentarischer Anfragen hinsichtlich der Förderung von (antirassistischen) Projekten oder einzelnen Jugendverbänden, nicht einschüchtern. Wir appellieren an Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien, sich ebenfalls solidarisch mit den Betroffenen zu zeigen und eine klare Haltung gegenüber der AfD einzunehmen.
- Wir bereiten uns vor notwendigem Kontakt gut vor, denn es gibt etliche geschulte Rhetorikerinnen und Rhetoriker bei dieser Partei. Gerade in ihren Kernthemen können sie inhaltlich sehr stark sein. Und sie pflegen eine eher destruktive Gesprächsstrategie mit Anklagen und Skandalisierungen.

Umgang im jugendverbandlichen Alltag

- Wir zeigen Haltung für Demokratie, Vielfalt sowie die unantastbare Würde aller Menschen. Wir ermutigen unsere Mitgliedsorganisationen, sich in ihrer Rolle als kirchliche Verbände und als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft aktiv und offen gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus zu positionieren, sich mit ihrer Stimme an Kundgebungen und Demonstrationen zu beteiligen und dort als Christinnen und Christen Gesicht für eine vielfältige, solidarische und offene Gesellschaft zu zeigen.
- Wir vernetzen uns und tauschen Erfahrungen innerhalb der BDKJ Diözesanverbände aus.

- Wir entwickeln unsere Konzepte für Politische Bildung weiter.
- Wir stärken die Akteure und Akteurinnen, die die sich inhaltlich kritisch mit diesen Parteien, aber auch rechtsextremen Organisationen inner- und außerhalb der Katholischen Kirche auseinandersetzen und Hilfestellung in der inner- und außerparlamentarischen Arbeit mit ihnen geben, beispielsweise die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus oder die Amadeo-Antonio-Stiftung.
- Wir überlassen ihnen nicht die Themen- und Deutungshoheit über gesellschaftliche Ereignisse und wenden uns gegen die Normalisierung der rassistischen Thesen. Wir prägen das demokratische Verständnis von Politik, Kultur und Beteiligung.
- Bei unseren Projekten und Kampagnen, müssen wir mit Angriffen rechnen. Dazu entwickeln wir unsere Strategien weiter und holen uns entsprechende Hilfe von Expertinnen und Experten (www.debate-dehate.com).

In diesem Zusammenhang werden wir das Gleichheits- bzw. Diskriminierungsverbot, das sogenannte Neutralitätsgebot und das Versammlungsrecht soweit für uns bindend einhalten. Unser Handeln richtet sich nach demokratischen Grundprinzipien, dem Grundgesetz und entspricht den rechtlichen Bestimmungen. Das gilt auch für die Auseinandersetzung mit rassistischen, fremden- sowie demokratiefeindlichen Parteien und Organisationen und ihren Vertreterinnen und Vertretern.